



CDU

Bericht der Bundesgeschäftsstelle.

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

17. Parteitag der CDU Deutschlands
1.-2. Dezember 2003, Leipzig

Besser für die Menschen.



CDU



Vorwort

Der vorliegende Geschäftsbericht umfasst den Zeitraum seit dem 16. Parteitag am 11. November 2002 in Hannover bis heute. In der Abfolge typischer Arbeitszyklen einer politischen Partei war dies der Zeitabschnitt nach einer Bundestagswahl, der traditionell vor allem auch dazu genutzt wird, Neuorientierungen für unsere Arbeit einzuleiten.

Hierzu zählt in erster Linie das Reformprojekt „Bürgerpartei CDU“, das in umfassender Weise Vorschläge macht für eine vorrangig an den Mitgliedern und Wählern orientierte Weiterentwicklung unserer politischen Arbeit auf allen Ebenen. Die von einer Kommission unter Leitung des Generalsekretärs zusammengetragenen Impulse sind vom Bundesvorstand aufgegriffen und der Partei zur Diskussion gestellt worden. Es hat sich gezeigt, dass in vielen Gliederungen intensiv die Chance genutzt worden ist, die eigene Arbeit auf den Prüfstand zu stellen und, wo immer möglich, zu optimieren.

Parallel zu diesen Reformanstrengungen wurde das Bemühen um die Gewinnung neuer Mitglieder intensiviert.

Im Rahmen dieses Reformprozesses sind auf Ebene der Bundespartei auch umfassende Überlegungen zum werblichen Auftritt der CDU angestellt worden. In der modernen Kommunikation ist die Unverwechselbarkeit („Corporate Identity“) angesichts der Überflutung mit werblichen Botschaften ein hohes Gut geworden. Der klare Wiedererkennungswert eines gemeinsamen öffentlichen Erscheinungsbildes der CDU zwischen Flensburg und Konstanz ist ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Botschaft und zugleich sichtbar gewordener Nachweis unserer Geschlossenheit.

Es ist gelungen, ein graphisches System zu entwickeln, das einerseits die Einheitlichkeit des öffentlichen Auftritts sicherstellt und andererseits Raum lässt für individuelle Akzente und Gestaltungsvarianten. Wir sind jetzt in der Lage, eine werbliche Linie umzusetzen, die Geschlossenheit und Vielfalt zugleich kommuniziert. Damit werden die besonderen Stärken einer Bürgerpartei zum Ausdruck gebracht. Zunehmend wichtig geworden ist die Fragestellung, wie die CDU die Menschen in großen Städten erfolgreicher ansprechen und erreichen kann. Der Bundesvorstand hat dazu die Arbeitsgruppe „Große Städte“ unter Vorsitz von Dr. Jürgen Rüttgers eingesetzt, deren Arbeit auf mittlere Frist hin angelegt ist, bis ihre Erkenntnisse und Vorschläge diskutiert werden können.

Als weiteres Reformprojekt wurde eine umfassende Verbesserung der Kommunikation zwischen der CDU und den Bürgern in Angriff genommen („Citizen-Relationship-Management-System“ [CRM], „Dialog- und Beziehungsmanagement“). Die CDU wird eine Technologie einführen, die alle Kommunikationswege („gelbe Post“, Telefon, Telefax, E-Mail, Internet) zusammenführt und die vorhandenen und künftig anfallenden individuellen Kommunikationsdaten erfasst und nutzbar macht für die Erschließung weiterer Bürgerkontakte. Hier bietet sich zugleich die nicht zu unterschätzende Chance, die verschiedenen Arbeitsebenen der CDU zu einem Kommunikationsverbund zu vernetzen, der künftig eine Bürgerkommunikation nach Maß möglich macht. Dieses Projekt wird in allen Gliederungen einen erheblichen Synergieeffekt auslösen.

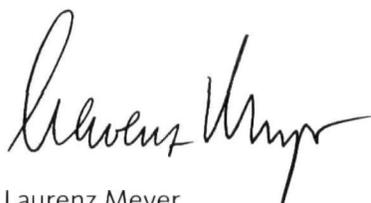
Einen politisch außerordentlich wichtigen Schwerpunkt bildete im Berichtszeitraum die Arbeit der Kommission „Soziale Sicherheit“ unter Vorsitz von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog. Parteizentralen sind heute weniger denn je in der Lage,

vielfältiges Spezialistenwissen ständig vorrätig zu halten. Mit der Einbindung eines Beratungsunternehmens in die Arbeit dieser Kommission ist eine Kooperation zwischen einer politischen Partei und einem Wirtschaftsunternehmen geglückt, die auch für künftige Projekte dieser Art Maßstäbe gesetzt hat. Der Parteitag in Leipzig wird sich intensiv mit den Vorschlägen dieser Kommission befassen.

Die Bundespartei arbeitet jetzt im vierten Jahr in Berlin. Das neue Gebäude der CDU im Tiergarten-Dreieck, das Berliner Konrad-Adenauer-Haus, hat sich als Arbeitszentrale, Kongress-Zentrum, als Ort unterschiedlichster Veranstaltungen und selbst als Werbeträger unserer politischen Botschaften vielfältig bewährt. Die CDU setzt mit ihrer Parteizentrale ein vielbeachtetes Zeichen selbstbewusster Präsenz am Sitz des Deutschen Bundestages.

Entscheidend ist freilich nicht das Gebäude, entscheidend sind die Menschen, die im Adenauer-Haus arbeiten. Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die mit hoher Kompetenz und unermüdlichem Engagement ihren zahlreichen Aufgaben nachgehen. In diesen Dank sind ausdrücklich einbezogen die Kolleginnen und Kollegen in den Landes- und Kreisgeschäftsstellen sowie in den Bundesvereinigungen, auf deren gute Zusammenarbeit die Bundesgeschäftsstelle angewiesen ist.

Berlin, 25. November 2003



Laurenz Meyer
Generalsekretär



Dr. Willi Hausmann
Bundesgeschäftsführer

Inhalt

	Seite
1. Gremien	6
1.1 Präsidium	6
1.2 Bundesvorstand	6
1.3 Bundesfinanzkommission	7
1.4 Haushaltsausschuss	7
1.5 Bundesparteigericht	7
1.6 Landesgeschäftsführerkonferenz	8
2. Kommissionen und Ausschüsse	9
2.1 Kommission „Soziale Sicherheit“	9
2.2 Kommission „Bürgerpartei“	10
2.3 Arbeitskreis „Große Städte“	10
2.4 Wertekommission	11
2.5 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen	11
2.6 Oberbürgermeisterkreis	12
2.7 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz	13
2.8 Bundesfachausschüsse/Gesprächskreise	14
3. Veranstaltungen und Aktionen	15
3.1 Berliner Gespräche	15
3.2 Regionalkonferenzen zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme	15
3.3 MediaNight	16
3.4 Filmempfang	17
3.5 Autorenlesung Vera Lengsfeld	17

	Seite	
3.6	Unterstützung von Wahlkämpfen	18
3.7	Kampagne „Es ist nicht mehr zu ertragen!“	18
3.8	Kampagne „CDU stoppt noch höhere Steuern“	19
3.9	Kampagne „5 Jahre Rot-Grün“	19
3.10	Seminare für Mitarbeiter der CDU	19
3.11	Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus	20
3.12	Agrarklausurtagung der CDU 25. bis 28. April 2003 in Husum	20
4.	Medien	22
4.1	Elektronische Medien	22
4.2	Union in Deutschland	23
4.3	Pressearbeit	23
5.	Mitgliederentwicklung	24
5.1	Mitgliedschaft insgesamt	24
5.2	Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht	24
5.3	Mitgliedschaft nach Region	25
5.4	Mitgliedschaft nach Strukturen	26
6.	Politischer Arbeitskalender	27
7.	Sonderprojekte	33
7.1	Mitgliederwerbekampagne	33
7.2	Kommunikation nach Maß – Das Projekt CRM	37
7.3	Das visuelle Erscheinungsbild der CDU	37

1. Gremien

1.1 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 16. Parteitag zu 22 Sitzungen sowie 2 Klausurtagungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch die Vorsitzende wurden folgende Themen behandelt:

- Nachbereitung des 16. Parteitages in Hannover
- Jahresplanung 2003
- Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen
- Irak-Konflikt
- Ergebnisse der Fraktionsvorstandsklausursitzung
- Europakongress zum EU-Konvent am 12.05.2003
- Steuervergünstigungsabbaugesetz
- Vorstellung des Konzeptes „Bundeswehr in einem geänderten sicherheitspolitischen Umfeld“
- Wirtschaftliche Situation in Deutschland und notwendige Maßnahmen
- EVP-Treffen vom 20.03.2003
- Planung 2. Halbjahr 2003
- Ausbildungsplatzsituation in Deutschland
- Soziale Sicherungssysteme
- Außenpolitische Situation
- Weiterer Fortgang der Reformdiskussion in Deutschland
- Vorbereitung der gemeinsamen Präsidiumssitzung mit der CSU am 4./5. Mai 2003
- Gesundheitsreform
- Steuerreform
- Arbeitsmarktreformen
- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl in Bremen
- EU-Konvent
- Stand der Beratungen im Verfassungskonvent
- Europawahlkampf 2004
- Vorbereitung des Leitetrags des Bundesvorstandes an den 17. Parteitag
- Vorbereitung des 17. Parteitages in Leipzig

Im Berichtszeitraum fand eine gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU statt.

4. – 5. Mai 2003 in München

- Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme
- Europapolitik / EU-Konvent
- Gemeindefinanzreform
- Zukunft der Bundeswehr

Gespräch des Präsidiums mit Organisationen aus dem vorpolitischen Raum

- Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 17. Februar 2003
- Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 18. März 2003
- Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 24. März 2003
- Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 7. April 2003

1.2 Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 16 Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

- Nachbereitung 16. Parteitag in Hannover
- Jahresplanung 2003
- Wahl der Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundesvorstandes
- Beratung und Beschlussfassung über den Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2003 und mittelfristige Finanzplanung 2004-2006
- Einsetzung der Kommissionen „Bürgerpartei“ und „Große Städte“
- Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen
- Politische Ausgangslage für 2003
- Einführung und Beratung der Göttinger Erklärung
- Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Deutschland aus internationalem Blickwinkel
- Europakongress zum EU-Konvent am 12.05.2003
- Steuervergünstigungsabbaugesetz
- Vorstellung des Konzeptes „Bundeswehr in einem geänderten sicherheitspolitischen Umfeld“

- Innenpolitische Reformen – weiteres Vorgehen
- Außenpolitische Situation
- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl in Bremen
- EU-Konvent
- Beratung und Beschluss zur Einsetzung von Bundesfachausschüssen
- Beratung und Beschluss über die Geschäftsordnung der BFA
- Zwischenbericht Kommission „Soziale Sicherheit“
- Beratung und Beschluss des Leittrages an den 17. Parteitag
- Europawahlkampf 2004
- Vorbereitung 17. Parteitag in Leipzig
- Beratung und Beschluss über die Umsetzung „Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ in das Satzungsrecht
- Beschluss über den Rechenschaftsbericht 2002
- Vorschläge zur Steuerreform

1.3 Bundesfinanzkommission

Vorsitzender:
Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner

Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen am 20.02. sowie am 20.03.2003 statt. Dabei wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

- Innerparteilicher Finanzausgleich für das Jahr 2003
- Weiteres Verfahren hinsichtlich des Rückforderungsanspruchs des Bundestagspräsidenten

1.4 Haushaltsausschuss

Vorsitzender:
Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner

Im Berichtszeitraum fanden drei Sitzungen statt:

Am 10.11.2002, am 22.09.2003 sowie am 17.11.2003. Dabei wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

- Aufstellung des Etats für das Jahr 2003
- Rechenschaftsbericht 2002
- Finanzstatus sowie Vollzug des Etats 2003
- Aufstellung des Etats für das Jahr 2004

1.5 Bundesparteigericht

Vorsitzender:
Präsident des Oberlandesgerichts a. D.
Dr. Eberhard Kuthning

Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum zu sechs Sitzungen zusammen.

Von vier noch aus der Zeit vor dem Berichtszeitraum anhängigen Parteigerichtssachen betrafen zwei Verfahren Wahlanfechtungen. Den beiden weiteren Verfahren lagen ein Ausschluss aus der CDU und eine Überprüfung einer Satzungsnorm zu Grunde. In einem der Verfahren wegen Wahlanfechtung konnte ein Vergleich geschlossen werden, in dem anderen erging ein Einstellungsbeschluss, nachdem das Rechtsmittel zurückgenommen worden war. In den Verfahren wegen Ausschluss aus der CDU und Überprüfung einer Satzungsnorm wurden die Rechtsbeschwerden zurückgewiesen.

Während des Berichtszeitraums wurde das Bundesparteigericht der CDU in weiteren 12 Parteigerichtssachen angerufen.

Von diesen Verfahren wurden sieben abgeschlossen. Zwei Verfahren betrafen Ausschlüsse aus der CDU. Von diesen wurde ein Verfahren an das Landesparteigericht zurückverwiesen; in dem anderen Verfahren kam es zur Zurückweisung der Rechtsbeschwerde. In einem Verfahren wegen Verhängung einer Ordnungsmaßnahme wurde der Beschluss des Landesparteigerichts abgeändert; in einem weiteren die Rechtsbeschwerde zurückgewiesen. Ebenfalls durch Zurückweisung

der Rechtsmittel endete ein Verfahren, in dem vor dem Bundesparteigericht Rechtsschutz gegen eine von einem Landesparteigericht erlassene einstweilige Verfügung gesucht wurde. In einem von zwei Verfahren wegen Wahlanfechtung erging ein Einstellungsbeschluss, nachdem die Hauptsache für erledigt erklärt worden war; in dem anderen Verfahren erfolgte eine Zurückverweisung an das Landesparteigericht.

Zurzeit sind beim Bundesparteigericht fünf weitere Verfahren mit jeweils verschiedenen Streitgegenständen anhängig.

1.6 Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Landtagswahlkampf in Hessen und Niedersachsen
- Ergebnisse der Bundesvorstandsklausur 20./21. Juni 2003
- Ergebnisse der Kommission Bürgerpartei
- Projekte „CI“ und „CRM“
- Start der Mitgliederwerbaktion
- Zeitplan Europawahl 2004

2. Kommissionen und Ausschüsse

2.1 Kommission „Soziale Sicherheit“

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 3. Februar 2003 die Kommission „Soziale Sicherheit“ eingesetzt. Die Leitung dieser Kommission wurde Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog übertragen.

Die Kommission hatte den Auftrag, Reformvorschläge zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu erarbeiten. Durch die Parteivorsitzende wurden 30 Politiker der Union aus Bund und Ländern sowie wissenschaftliche Experten für Fragen der sozialen Sicherheit als Mitglieder der Kommission bestellt.

Die Kommission verfügte über ein eigenes Büro, das mit Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und Mitarbeitern der Unternehmensberatung McKinsey & Company, Inc. besetzt war. Letztere hatten vor allem die Aufgabe übernommen, Berechnungen über die Kostenentwicklung in den sozialen Sicherungssystemen bei unterschiedlichen Grundannahmen vorzunehmen, sowie Reformvorschläge unter ökonomischen Gesichtspunkten zu bewerten und deren Auswirkungen im Zeitablauf darzustellen.

Es wurden insgesamt 14 Sitzungen durchgeführt. Die Kommission hat sich zu Beginn ihrer Tätigkeit eingehend über die Arbeitsweise der Sozialversicherungssysteme in Schweden, in der Schweiz und in den Niederlanden informiert. In den Folgesitzungen wurden Möglichkeiten der Reformen in den einzelnen Säulen der sozialen Sicherheit diskutiert und ihre Auswirkungen auf unterschiedliche Fallgruppen betrachtet.

Die Kommission traf die Entscheidung, in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung einen Übergang vom einkommensbezogenen Umlageverfahren auf ein kapi-

talgedecktes Prämienvverfahren zu empfehlen. Für die Arbeitslosenversicherung hat die Kommission zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, diese Versicherung durch die konsequente Herausnahme versicherungsfremder Leistungen zu entlasten und dadurch neue finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen.

Um die gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu stabilisieren, müssen nach Auffassung der Kommission die Beitragszeiten durch einen früheren Berufseintritt und eine insgesamt längere Lebensarbeitszeit ausgeweitet werden. Ferner wird ein erweiterter demographischer Faktor vorgeschlagen, der das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Renteneempfängern realistisch abbildet und für einen gedämpften Rentenanstieg sorgt.

Um zukünftig eine eigenständige und angemessene Alterssicherung für Erziehende zu gewährleisten, wird eine Verdopplung der anzurechnenden Entgeltpunkte für die Kindererziehung durch die Kommission befürwortet.

Auch muss nach Auffassung der Kommission die Möglichkeit einer „Basisrente“ geprüft werden, die je nach individueller Höhe der Rentenversicherung aus Steuermitteln so aufgestockt wird, dass der gesamte Auszahlungsbetrag 15 Prozent oberhalb der Sozialhilfe liegt.

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, die gesetzliche Rentenversicherung und die private und betriebliche Altersvorsorge in eine neue Balance zueinander zu bringen, indem die privaten und betrieblichen Formen der Vorsorge besser und unbürokratischer gefördert werden.

Die Kommission verabschiedete ihren Bericht am 29. September 2003 mit klarer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen. Der Vorsitzende, Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog, übergab den Bericht am folgenden Tag öffentlich der Parteivorsitzenden und stellte ihn anschließend der Bundespressekonferenz vor.

2.2 Kommission „Bürgerpartei CDU“

Die Kommission „Bürgerpartei CDU“ wurde durch Beschluss des Bundesvorstandes vom 16. Dezember 2002 eingesetzt.

Vorsitzender der Kommission: Laurenz Meyer,
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Mitglieder der Kommission:

Ahlhaus, Christoph; Althaus, Dieter;
Arnold, Tim; Biermann, Egbert;
Börnsen, Wolfgang; Brauksiepe, Dr. Ralf;
Dinther, Regina van; Dött, Marie-Luise;
Eisel, Dr. Stephan; Gisch, Dr. Heribert;
Gönner, Tanja; Götz, Klaus-Dieter;
Hausmann, Dr. Willi; Homeyer, Dierk;
Iwan, Alexandra; Jung, Dr. Franz Josef;
Lauk, Dr. Kurt J.; Matthes, Gesine;
Meister, Dr. Michael; Mißfelder, Philipp;
Neumann, Bernd; Pofalla, Ronald;
Rabel, Stefan; Rachel, Thomas;
Rehberg, Eckhardt; Reul, Herbert;
Ripke, Friedrich-Otto; Samson, Ludger;
Sauer, Helmut; Schlumberger, Friedrich Claudius;
Sendlmeier, Günter; Spreng, Michael;
Stölzl, Prof. Dr. Christoph; Störr-Ritter, Dorothea;
Teiser, Michael; Veen, Prof. Dr. Hans-Joachim;
Winkler, Hermann; Wnuk-Lipinski, Barbara von;
Worms, Dr. Bernhard; Wülfing, Elke;
Wulff, Prof. Dr. Otto; Zeising, Mario

Die Kommission traf zu folgenden Sitzungen zusammen:

1. Sitzung	12. Februar 2002 (Konstituierung)
2. Sitzung	4./5. März 2003 (Klausurtagung)
3. Sitzung	19. März 2003
4. Sitzung	2. April 2003
5. Sitzung	9. April 2003
6. Sitzung	7. Mai 2003
7. Sitzung	28. Mai 2003
8. Sitzung	11. Juni 2003 (Verabschiedung des Kommissionsberichts)

Der Kommissionsbericht wurde anschließend dem Bundesvorstand vorgelegt. In seiner Sitzung am 21. Juni 2003 verabschiedete der Bundesvorstand auf dieser Grundlage einstimmig den Antrag „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine moderne Volkspartei“ zur Beschlussfassung auf dem 17. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig am 1. und 2. Dezember 2003.

2.3 Arbeitskreis „Große Städte“

Vorsitzender: Dr. Jürgen Rüttgers, MdL
Geschäftsführer: Peter Hartmann
(bis März 2003)
Wolfgang Percy Ott
(ab März 2003)

Der Arbeitskreis „Große Städte“ hat im Berichtszeitraum fünf Sitzungen abgehalten und am 23. Juni 2003 auf einer Pressekonferenz erste Ergebnisse vorgestellt. In den Arbeitskreis sind Wissenschaftler, Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker berufen. Das Gremium soll Empfehlungen an den Bundesvorstand geben.

Nach der Bundestagswahl vom 22. September 2002 hat der Bundesvorstand der CDU Deutschlands die Einrichtung des Arbeitskreises „Große Städte“ beschlossen. Der Arbeitskreis soll sowohl zu einem CDU-internen wie auch über die Partei hinausgehenden Diskurs über drängende gesellschaftliche Probleme beitragen, die sich in den großen Städten in besonderer Weise ausprägen. Für die CDU war und ist trotz ihrer allgemein anerkannten kommunalpolitischen Kompetenz die Verbindung zum „Lebensgefühl“ in den Großstädten nicht immer einfach. Selbst dort, wo sie sich mit Problemen befasst, die in den großen Städten besonders drängend sind, wirkt ihr programmatisches Engagement bei vielen Betroffenen bemüht und aufgesetzt.

Gleichzeitig sind die großen Städte Seismographen des Wandels. Nirgends sind die einhergehenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüche deutlicher erkennbar

als in großen Städten. Die großen Städte sind auch in Zukunft die Experimentierfelder der Innovation. Sie bleiben in allen Hinsichten Frühindikatoren und Vorreiter der gesellschaftlichen Entwicklung.

Im Einzelnen befasst sich der Arbeitskreis mit folgenden Problembereichen:

- „Stadtluft macht frei“/Kennzeichen und Entwicklungen des großstädtischen „Lebensgefühls“
- Kultur in der Großstadt/Rolle der Großstadt für die Kultur
- Städte- und Wohnungsbau mit menschlichem Maß/Integration und Segregation
- Alleinsein in der Stadt und neue Lebensformen
- „Den Bürgern ihre Städte“ (Rekommunalisierung der Politik und bürgerschaftliches Engagement)
- Sichere Stadt
- Zukunft statt Perspektivlosigkeit (Kinderarmut, Lebensqualität für Familien)
- Wirtschaftliche Perspektiven der großen Städte
- Hochschulen
- Besondere Problemlagen in den Neuen Ländern

Einzelne Mitglieder des Arbeitskreises „Große Städte“ nehmen als Referenten u. a. an der neu eingerichteten Gesprächsreihe „Metropolen-Mittag“ der Konrad-Adenauer-Stiftung teil, welche sich zum Ziel gesetzt hat, die unterschiedlichen Facetten urbanen Lebens zu beleuchten.

2.4 Wertekommission

Vorsitzender: Dr. Christoph Böhr MdL
Geschäftsführer: Thomas Lemke

Beratungen und Ergebnisse 2002/2003:

Die Wertekommission befasste sich im Zeitraum November 2002 bis zum November 2003 mit den Chancen und Risiken der Globalisierung sowie einer diesbezüglichen Positionsbestimmung der CDU.

Der Vorsitzende der Kommission und Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Christoph Böhr, MdL, publizierte zu diesem Thema mehrere Beiträge in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften.

In zehn Sitzungen der Wertekommission gingen die verschiedenen Beiträge der Mitglieder und ständigen Gäste in die Erstellung eines Diskussionspapiers ein.

Am 10. April 2003 tagte die Wertekommission in Köln. Einem Besuch des dortigen Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung mit einem Gespräch mit dem Geschäftsführenden Direktor Professor Dr. Wolfgang Streeck und Mitarbeitern schlossen sich ein Referat und Gespräch mit Professor Dr. Carl-Christian von Weizsäcker an.

Zur Bundesvorstandssitzung der CDU Deutschlands am 17. November legte die Wertekommission ihr fertig gestelltes Diskussionspapier „Globalisierung – Herausforderung an die politische Handlungsfähigkeit“ vor.

Arbeitsplanung 2003/2004:

Die Wertekommission befasst sich in ihrem nächsten Vorhaben mit dem Thema Christliches Gesellschaftsbild. Sie führt damit die Arbeit fort, die sie mit ihrem Diskussionspapier „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ vom Januar 2002 begonnen hatte.

2.5 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

Vorsitzender: Dr. Norbert Röttgen MdB
Geschäftsführer: Hans-Jörg Dietsche

Der BACDJ hat am 13. Juni und am 24. Oktober 2003 Vorstandssitzungen abgehalten, auf denen das „Berliner Programm zur Reform des Föderalismus“ beschlossen und die Mitgliederversammlung mit Wahl des Vorstands am 5. Dezember 2003 vorbereitet wurden.

Die Arbeitsgruppe Föderalismus ist zwischen dem 24. April und dem 2. Juni 2003 dreimal zu Sitzungen zusammengetreten und hat am 13. Juni dem BACDJ-Vorstand mit ihrem „Berliner Programm zur Reform des Föderalismus“ ein vollständiges Konzept für eine Bundesstaatsreform mit Änderungsvorschlägen für das Grundgesetz vorgelegt, das seither auf große Resonanz gestoßen ist.

Der BACDJ hat dieses Papier der Bundespartei zur Kenntnis gegeben. Es dient als Diskussionsgrundlage für die am 13. Oktober 2003 erstmals zusammengetretene Arbeitsgruppe Föderalismusreform des CDU-Bundesvorstands.

Die Fachkommission Europa hat in ihren vier Sitzungen zwischen dem 29. November 2002 und dem 5. September 2003 die Arbeit des Europäischen Verfassungskonvents begleitet, und jeweils Stellungnahmen verbunden mit Änderungsvorschlägen an die EVP-Fraktion beschlossen.

Die Arbeitsgruppe Renten- und Sozialrecht hat am 5. Dezember 2002 zum letzten Mal getagt und ihren Thesenentwurf zur Privatvorsorge sowie ihre ordnungspolitische Thesen zur künftigen Gestaltung des Rechts der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Rente der Kommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme („Herzog-Kommission“) vorgelegt.

Die Arbeitsgruppe „Schlanker Staat“ hat seit dem 13. Juni 2003 mit Staatssekretär Hans-Georg Kluge, Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, einen neuen Vorsitzenden.

Zur Vorbereitung des Rechtspolitischen Kongresses zum Thema Europa am 19./20. März 2004 in Karlsruhe hat der BACDJ-Vorstand am 13. Juni 2003 einen Ausschuss eingesetzt, der sich am 21. Juli und am 26. August 2003 zu Sitzungen getroffen hat.

2.6 Oberbürgermeisterkreis

In Vertretung der Parteivorsitzenden trat unter Leitung des Generalsekretärs der CDU, Laurenz Meyer MdB, am 12. März 2003 der Gesprächskreis der CDU-Oberbürgermeister in Berlin zusammen. Die Teilnehmer stimmten in der Analyse der desolaten Finanzsituation der Kommunen überein. Die katastrophalen Auswirkungen der verfehlten Arbeitsmarkt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung haben zu Rekorddefiziten der staatlichen Haushalte, 38.000 Firmenpleiten im Jahr 2002 und Arbeitslosenzahlen, die in beängstigender Geschwindigkeit anwachsen, geführt.

Aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten wurde daher die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einvernehmlich befürwortet. Die Verbesserung der Eingliederungschancen der Leistungsempfänger in den allgemeinen Arbeitsmarkt, insbesondere durch intensive Beratung und Betreuung, wurde als zentrales Ziel definiert. Zum Tragen kamen jedoch die unterschiedlichen Ansichten über die Trägerschaft dieser neuen Leistung. Die kommunalen Vertreter warnten vor zusätzlichen finanziellen Lasten für die Kommunen.

Weiterhin wurden die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe „Kommunalfinanzen“ beraten, die unter Vorsitz von Jochen Konrad Fromme MdB erstellt wurden. Die Reform der Gewerbesteuer stand dabei im Mittelpunkt der Diskussion. Nach Erörterung der verschiedenen Modelle, die von einer Revitalisierung der Gewerbesteuer bis zu ihrer Abschaffung reichten, einigte man sich auf eine Fortsetzung des Meinungsaustausches.

In der von den CDU-Oberbürgermeistern verabschiedeten Resolution „Sofortprogramm für die Kommunen in Deutschland“ forderten sie eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Schröder-Steuerreform.

Einem kreditfinanzierten kommunalen Investitionsprogramm erklärten sie eine deutliche Absage.

Im Zusammenhang mit der Belastung der kommunalen Haushalte durch die Gesetzgebung des Bundes im Sozialbereich – allein mit dem Grundversicherungsgesetz würden die Kassen der Kommunen mit 1,5 Milliarden Euro zusätzlich belastet – forderten die Kommunalvertreter eine Erstattung dieser Ausgaben. Über das Sofortprogramm hinaus verlangten die CDU-Oberbürgermeister die Aufnahme des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss bezahlen“) ins Grundgesetz. Das Erfordernis einer umfassenden Gemeindefinanzreform, die die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft auf eine solide Grundlage stellt und den Städten und Gemeinden berechenbare und wachstumsfähige Steuerquellen erschließt, wurde ausdrücklich festgehalten.

Abschließend wurde im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Europäischen Verfassung an die Forderung der Kommunen erinnert, dass auf EU-Verfassungsebene der Bestand von Kommunen und Regionen sichergestellt wird.

2.7 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

Unter dem Vorsitz des neuen Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands, Jochen-Konrad Fromme MdB, trat die Konferenz der Aussiedlerbeauftragten am 6. Juni 2003 zu ihrer turnusmäßigen Sitzung in Berlin zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach MdB, nahm an der Sitzung teil und gab einen Überblick über den aktuellen Verfahrensstand des erneut eingebrachten rot-grünen Entwurfs eines Zuwanderungsgesetzes.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass der Gesetzentwurf bereits in seiner Grundsubstanz und gesamten Systematik verfehlt ist, weil er durchgängig auf offensive Zuwanderung ausgerichtet ist. Eine Einigung ist daher nur bei einer

grundlegenden Umgestaltung vorstellbar. Die Änderungsanträge der Union bieten eine klare und vernünftige Alternative zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie zur Verbesserung der Integration von Ausländern und Aussiedlern in Deutschland.

Einhellig war man der Auffassung, dass eine Aberkennung des kollektiven Kriegsfolgeschicksals bei den Aussiedlern aus den ehemaligen Staaten der Sowjetunion abgelehnt wird. Eine weitere Reduzierung der Kontingente sei überdies nicht notwendig, da die Zuzugszahlen ohnehin rückläufig seien. Hingewiesen wurde darauf, dass es erhebliche Integrationsprobleme bei jungen männlichen Aussiedlern gibt und dass deshalb sehr viel mehr für die Sprachförderung getan werden muss.

In der weiteren Diskussion wurde u. a. angesprochen, dass die Bevölkerung in Deutschland zu wenig über das Schicksal der Spätaussiedler weiß. Mit einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit ließen sich Kenntnisse über die Geschichte der Deutschen aus Russland und anderen Staaten stärker vermitteln, was einen Abbau von Vorurteilen zur Folge habe. Auch seien Erleichterungen für den Besuch von Deutsch-Kursen in den Herkunftsgeländen dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang wurde auf den Beschluss des Dresdner CDU-Parteitags verwiesen, wonach Sprachtests für Aussiedler wiederholbar sein sollen.

Es wurde hervorgehoben, dass es ein besonderes Verdienst der CDU ist, dem Aussiedlerthema eine so intensive Aufmerksamkeit zu widmen. Das Engagement der Aussiedler in der Politik sei sehr wichtig und leider zu wenig ausgeprägt. Es wurde betont, dass die CDU immer wieder zur Mitarbeit und zur Übernahme von Ämtern und Mandaten ermuntern muss. Aussiedlerbeauftragte auf der Ebene der Kreisverbände seien demnach ebenso vonnöten wie in den Fraktionen auf kommunaler Ebene.

Jochen-Konrad Fromme berichtete über die rückläufige Entwicklung bei der Arbeitslosenquote

für Aussiedler. Erfreulicherweise brächten die Aussiedler ein deutliches Plus in die Kassen der sozialen Sicherungssysteme. Er empfahl ferner ein Modell, bei dem der Integrationsprozess aus der inneren Motivation der Aussiedler heraus entsteht, und zwar ein System von Anreizen, das diejenigen Aussiedler belohnt, die zwischen Antragstellung und Ausreise ihre Deutsch-Kenntnisse verbessern.

Im Anschluss wurden Erfahrungen über die Aussiedlerarbeit vor Ort von den Teilnehmern ausführlich ausgetauscht. Nach dem Willen der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz wird sich die Aussiedlerpolitik der CDU auch künftig an den Schicksalen und Anliegen der Aussiedler, Spätaussiedler und deren Familien sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsgebieten orientieren und soll auch weiterhin geprägt sein durch die Grundsätze der Solidarität und der Verantwortung.

2.8 Bundesfachausschüsse/ Gesprächskreise

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 25. August 2003 folgende Bundesfachausschüsse für den Zeitraum der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eingesetzt:

BFA Bildung und Weiterbildung
 BFA Gesellschafts- und Sozialpolitik
 BFA Medienpolitik
 BFA Agrarpolitik
 BFA Umwelt-, Natur- und Klimaschutz
 BFA Strukturpolitik
 BFA Sicherheitspolitik
 BFA Europapolitik
 BFA Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte

Neben den Bundesfachausschüssen sollen folgende Gesprächskreise eingerichtet werden:

- Gesprächskreis Kultur
 Unter dem Vorsitz von Dr. Norbert Lammert

MdB trat der Gesprächskreis Kultur am 25. November 2003 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

- Gesprächskreis Sport
 Unter dem Vorsitz von Dr. Wolfgang Schäuble MdB trat der Gesprächskreis Sport am 28. November 2003 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

- Arbeitskreis Leistungssport

- Gesprächskreis Forschung und Innovation

Daneben soll eine Arbeitsgruppe „Frauenpolitik“ eingerichtet werden, die für das Jahr 2005 eine neue frauenpolitische Initiative vorbereitet.

Im Vorfeld des 17. Parteitages hatten die Landesverbände und Bundesvereinigungen Gelegenheit, dem Generalsekretär Vorschläge zur Besetzung der Gremien zu machen. Die Konstituierung dieser Gremien wird derzeit durchgeführt.

3. Veranstaltungen und Aktionen

3.1 Berliner Gespräche

Im Jahr 2003 veranstaltete die CDU Deutschlands folgende Berliner Gespräche im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin:

11. Februar 2003

„Friede den Hütten, Krieg den Palästen? Globalisierung zwischen Chance und Verteilungskampf“

Gäste:

Dr. Hans-Olaf Henkel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz und Vizepräsident des BDI

Dr. Elmar Altvater, Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

Moderator:

Christoph Keese, Chefredakteur Financial Times Deutschland

9. April 2003

„Was kommt nach der Eiszeit? Zur Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen“

Gäste:

Dr. Michael Naumann, Verleger und Mitherausgeber „Die Zeit“

Dr. Christian Hacke, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn

Moderator:

Dr. Christoph Bertram, Direktor des Forschungsinstituts der Stiftung Wissenschaft und Politik

22. September 2003

„Zwischen Pflicht und Zivilcourage. Über die Renaissance bürgerlicher Werte in Zeiten der Krise“

Gäste:

Dr. Rupert Neudeck, Gründer der Hilfsorganisation Cap Anamur und Vorsitzender von Grünhelme e. V.

Jan Ross, Journalist und Publizist

Moderator:

Dr. Michael Inacker, Leiter des Hauptstadtbüros der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

3.2 Regionalkonferenzen zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages in Leipzig haben die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer gemeinsam mit den Landesverbänden sechs Regionalkonferenzen unter dem Motto „Deutschland fair ändern“ im Oktober 2003 durchgeführt.

Die Konferenzen dienten dazu, insbesondere die Ergebnisse der von Bundespräsident a. D. Prof. Roman Herzog geleiteten Kommission „Soziale Sicherheit“ mit allen Ebenen der Partei intensiv zu diskutieren.

Folgende Regionalkonferenzen fanden statt:

- Regionalkonferenz des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 7. Oktober 2003 Düsseldorf, Rheinterrassen



Deutschland fair ändern!



Besser für die Menschen.

CDU



- Regionalkonferenz der Landesverbände Hessen, Sachsen und Thüringen am 8. Oktober 2003 Erfurt, Messe, Carl-Zeiss-Saal
- Regionalkonferenz der Landesverbände Berlin und Brandenburg am 15. Oktober 2003 Berlin, Hotel Estrel
- Regionalkonferenz der Landesverbände Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt am 22. Oktober 2003 Hannover, Kuppelsaal des HCC
- Regionalkonferenz der Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein am 23. Oktober 2003 Wismar, Alte Reithalle
- Regionalkonferenz der Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saar am 24. Oktober 2003 Sindelfingen, Stadthalle

Alle Regionalkonferenzen stießen auf ein über-
ragendes Interesse bei den Parteimitgliedern.
An den Konferenzen nahmen jeweils zwischen
1000 und 3000 Personen, wie in Hannover, teil.
Die Aussprachen nutzten viele Mitglieder zu
Anregungen und auch kritischen Fragen wie
zum Beispiel zum sozialen Ausgleich. Insgesamt
wurde viel Zustimmung zu Inhalt und Vorgehens-
weise geäußert.

3.3 MediaNight

Die MediaNight (vormals InternetNight) der
CDU Deutschlands fand am 24. Juni 2003 in der
Bundesgeschäftsstelle statt. Über 1.200 Gäste
aus Politik, Wirtschaft und der Informations- und
Kommunikationswirtschaft sind der Einladung
gefolgt und diskutierten über aktuelle Trends und
Perspektiven der Medienbranche.

Nach der Eröffnungsrede durch den CDU-Generalsekretär
Laurenz Meyer fanden parallel fünf
Workshops zu folgenden Themen statt:

Mit Erfolg im Netz – Inhalte und Geschäftsmodelle der Gegenwart und Zukunft

Moderation:

Bernd Neumann MdB

Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im
Ausschuss für Kultur und Medien

Teilnehmer:

Alexander Bilgeri

Vorsitzender des Vorstands,

politikerscreen.de AG

Philip von Ditzfurth

COO/CFO, conject AG

Alexander Samwer

Vorstand, Jamba! AG

Robert Zehder

Leiter Product Infrastructure,

T-Online International AG

„Der nächste Schritt – Technik die begeistert?!“

Moderation:

Dr. Michael Brinkmeier MdL

Sprecher „Neue Technologien“ der CDU-Land-
tagsfraktion NRW

Teilnehmer:

Dr. Michael Waidner

Leiter des Privacy-Instituts Zürich, IBM

Prof. Dr. Florian Matthes

Aufsichtsratsvorsitzender, infoAsset AG

Arne Schönbohm

Mitglied der Geschäftsleitung,

EADS Telecom

„Moderne IT-Lösungen – Mehr Bits & Bytes statt Aktenordner“

Moderation:

Dr. Martina Krogmann MdB

Internetbeauftragte der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Teilnehmer:

Andreas Dohmen

Geschäftsführer, Cisco Systems

Ulrich Dietz

Vorstandsvorsitzender, GFT Technologies AG

Arndt Groth

Präsident, Deutscher Multimedia Verband e.V.

Thomas Müller

Geschäftsführer, Masterbit GmbH



„Folgen der Werbekrise für die deutsche Medienlandschaft“

Moderation:

Professor Thomas Heilmann

Internetsprecher der CDU Deutschlands

Teilnehmer:

Martin Hoffmann

Geschäftsführer, SAT1

Giovanni di Lorenzo

Chefredakteur, Tagesspiegel

Christian Nienhaus

Verlagsgeschäftsführer, Zeitungsgruppe BILD

„Rock- und Popmusik 'Made in Germany': Zwischen Angebot und Nachfrage“

Moderation:

Steffen Kampeter MdB

Vorsitzender des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU Deutschlands

Teilnehmer:

Gerold Hug

Programmchef, SWR3

Frank Maass

Management & Consulting, Turbo Beat Music GmbH

Thomas M. Stein

President, BMG GSA

Nach den Workshops sprachen die Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, zum Thema „Prioritäten für mehr Wachstum“ und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Premiere Fernsehen GmbH, Dr. Georg Kofler, über die „Zukunft des Fernsehens in Deutschland“. Da bewusst an der bewährten Mischung aus Information, Unterhaltung und Party festgehalten

wurde, haben im Anschluss die beiden Künstlerinnen Carly und Yvonne Catterfeld das Publikum mit ihren Live-Auftritten begeistert.

3.4 Filmempfang

Am 6. Juni fand der Film-Empfang der CDU Deutschlands erstmals in der „Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft“ statt.

Am Tag der 53. Verleihung des Deutschen Filmpreises begrüßte die CDU-Vorsitzende gemeinsam mit dem in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Filmpolitik verantwortlichen Abgeordneten, Bernd Neumann MdB, zahlreiche Gäste aus der Film- und Fernsehbranche sowie als diesjährigen Gastredner den Gründer und Gesellschafter des Kreativzusammenschlusses „X-Filme Creative Pool“ und Produzent des deutschen Kino-Highlights „Good bye, Lenin!“, Stefan Arndt.

3.5 Autorenlesung Vera Lengsfeld

Am 16. Januar 2003 stellte die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin ihr Buch „Von nun an ging's bergauf... Mein Weg zur Freiheit“ vor. Darin beschreibt die frühere DDR-Bürgerrechtlerin ihr Leben und Wirken in der SED-Diktatur sowie die Konsequenzen, die daraus für ein selbst bestimmtes Leben und eine Politik in Freiheit zu ziehen sind.



Vorwort | Programm | Workshop 1 | Workshop 2 | Workshop 3 | Workshop 4 | Workshop 5 | Infos | Live on Stage | Aussteller



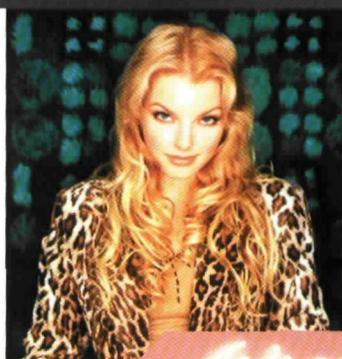
Live on Stage:
22.30 - 23.30 Uhr

Carly

Ihr erstes Album (Natural) wurde vom Top-Producer Leslie Mandoki in den Park Studios produziert. Ihre neue Single (Anywhere At All) erscheint im Juli 2003.

Yvonne Catterfeld

Die aktuelle Nummer 1 der deutschen Single- (Für Dich) und Album- Charts (Meine Welt).





3.6 Unterstützung von Wahlkämpfen

Die Bundespartei unterstützte die Landtagswahlkämpfe der CDU in Hessen und in Niedersachsen sowie den Bürgerschaftswahlkampf der CDU in Bremen durch einen Koordinator. Zu dessen Aufgaben gehörte es, die Landtagswahlkämpfe bzw. den Bürgerschaftswahlkampf als zentraler Ansprechpartner für die wahlkampf führenden Verbände in der Bundesgeschäftsstelle zu begleiten, einen optimalen Informationsfluss sicher zu stellen und eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesebene im Wahlkampf zu gewährleisten.

Die Landtagswahlkämpfe der CDU in Hessen und in Niedersachsen sowie der Bürgerschaftswahlkampf der CDU in Bremen wurden von der Bundesgeschäftsstelle durch den Bundesrednereinsatz unterstützt. In Abstimmung mit den jeweiligen Landesverbänden wurden in diesem Rahmen in Hessen 60, in Niedersachsen 74 und in Bremen und Bremerhaven 7 Veranstaltungen mit Bundesrednern von der Bundesgeschäftsstelle betreut. Mit der Parteivorsitzenden wurden in Hessen und in Niedersachsen jeweils 9 Veranstaltungen, in Bremen und Bremerhaven 3 Veranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein 2 Veranstaltungen, im Kommunalwahlkampf in Brandenburg 3 Veranstaltungen mit der Parteivorsitzenden durchgeführt.

73 Bundesrednereinsätze in den Landtagswahlkämpfen bzw. im Bürgerschaftswahlkampf wurden mit werblichen Mitteln der Bundesgeschäftsstelle (Plakate, Handzettel, Info-Material) unterstützt.

Bei der im Rahmen der Kampagne der Bundespartei „48 Steuererhöhungen“ im Januar 2003 entwickelten Aktionszeitung wurden in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Hessen und Niedersachsen jeweils Länderausgaben produziert. Bei der im Rahmen der Kampagne der Bundespartei „Versprochen-Gehalten – CDU stoppt

Steuererhöhungen“ im April 2003 entwickelten Aktionszeitung wurde in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bremen eine Länderausgabe produziert. Bei der im Rahmen der Kampagne „5 Jahre Rot-Grün“ im September 2003 entwickelten Aktionszeitung wurde in Abstimmung mit dem Landesverband Brandenburg eine Länderausgabe zur Unterstützung des Kommunalwahlkampfes produziert.

Weitere Unterstützungsmaßnahmen der Bundesgeschäftsstelle waren unter anderem der Einsatz von „Rapid Response“ zur Wahlkampföffnung der SPD in Hessen sowie eine Telefonmarketing-Schulung in Bremen und Bremerhaven im Vorfeld einer entsprechenden Aktion des Landesverbandes.

3.7 Kampagne „Es ist nicht mehr zu ertragen!“

Zum Wahlbetrug der SPD begann am 10. November 2002 die Kampagne „Es ist nicht mehr zu ertragen“. Verteil- und Informationsmittel im Rahmen dieser Kampagne waren die Broschüre „Koalitionsvertrag“ (Auflage 20.000) und ein entsprechendes Plakat (Auflage 10.000). Diese Kampagne wurde unter der Aktions-Domäne www.wahlbetrug.de mit einer starken und umfangreichen Online-Komponente begleitet.



3.8 Kampagne „CDU stoppt noch höhere Steuern“

Zum Kampagnen-Start am 10. Januar 2003 wurde eine Aktionszeitung für alle Kreisverbände (Auflage 100.000) produziert.

Zusätzlich wurde eine spezielle Ausgabe für die wahlkampf führenden Landesverbände Hessen und Niedersachsen mit jeweils 100.000 Exemplaren erstellt.

Zudem konnten die Kreisverbände bei uns das Großflächenplakat „Gewichtheber“ auf Anforderung kostenlos bestellen (DIN A1/A0-Plakat in einer Auflage von 10.000 Stück).

Die Kampagne wurde fortgesetzt mit dem Plakat „Rot-Grün: Immer nur eine Idee“ (DIN A1/A0-Plakat, Auflage 10.000) und dem Verteilmittel „Das kostet Sie Rot-Grün“ (Geldbörse, Auflage 50.000).

Den Abschluss fand die Kampagne im April 2003 mit der Aktionszeitung „Versprochen-Gehalten – CDU stoppt Steuererhöhungen“ für alle Kreisverbände (Auflage: 100.000).

Zusätzlich wurde eine spezielle Ausgabe für den wahlkampf führenden Landesverband Bremen (Auflage 50.000 Exemplare) erstellt.

3.9 Kampagne „5 Jahre Rot-Grün“

Zum Jahrestag der Wiederwahl von Rot-Grün startete die CDU die Kampagne „5 Jahre Rot-Grün“ mit einer Aktionszeitung für die Verbände (Auflage 50.000) und einer Sonderausgabe für den wahlkampf führenden Landesverband Brandenburg. Mit der Leistung der Regierung nach 5 Amtsjahren beschäftigt sich auch die Broschüre „Notizblock“, die unter der Überschrift „Nehmen Sie sich bitte 5 Minuten Zeit“ die Bürgerinnen und Bürger zu einer persönlichen Bilanz dieser Zeit auffordert. Diese Bilanz wurde auch online veröffentlicht.

Weiterhin wurde für diese Kampagne der Leporello „10 Plus“ produziert (Auflage 20.000), in dem die Forderungen und Lösungsansätze der CDU kurz dargestellt werden. Als Begleitmaterial wurden Kalenderkarten produziert (Auflage 50.000 Exemplare).

3.10 Seminare für Mitarbeiter der CDU

Im Berichtszeitraum wurden von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zwei Seminare angeboten, die sich vor allem an neu eingestellte Kreisgeschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen richteten.



Überlegen Sie mal kurz, was Ihnen Rot-Grün in 5 Jahren gebracht hat.



Besser für die Menschen.

CDU

Vom 26.-28. Mai 2003 wurde ein Praktikum in den Räumen der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin durchgeführt, zu dem 37 Teilnehmer begrüßt werden konnten.

Aufgrund der großen Resonanz für diese Veranstaltung wurde ein zweites Grundlagenseminar vom 27.-29. Oktober 2003 im Konrad-Adenauer-Haus organisiert, an dem 31 Personen teilnahmen.

Die neuen Kolleginnen und Kollegen hatten die Gelegenheit zu einem persönlichen Meinungsaustausch mit Generalsekretär Laurenz Meyer und Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann. Sie erhielten einen Einblick in die Organisationsstruktur und die Arbeitsabläufe in der Bundesgeschäftsstelle, wurden über die Zuständigkeiten und Tätigkeiten der einzelnen Bereiche informiert, erhielten Schulungen zu parteirechtlichen und versicherungstechnischen Fragen und wurden in die Thematik der Mitgliederwerbung und Mitgliederverwaltung eingewiesen. Weitere wichtige Schwerpunkte bildeten die Themenbereiche Parteienfinanzierung, strategische und technische Planung, der Umgang mit modernen Kommunikationsformen sowie der Kandidaten- und Kampagnenservice.

3.11 Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus

Seit dem Umzug der CDU-Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin im Juni 2000 haben ca. 900 Gruppen mit rund 40.000 Personen das Konrad-Adenauer-Haus besucht. Alleine von Januar bis November 2003 waren 288 Gruppen mit 12.721 Bürgern zu Gast im Konrad-Adenauer-Haus.

Struktur der Besuchergruppen

Der größte Anteil der Besuchergruppen (70%) wird über Büros von CDU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages angemeldet, die im Rahmen von Berlin-Fahrten des BPA auch die CDU-Bundesgeschäftsstelle besuchen wollen. Dies sind in der Regel gemischte Gruppen, die mehrheitlich keine CDU-Mitglieder sind.



Weitere 17 Prozent der Besucher setzen sich aus jüngeren Altersgruppen (JU, RCDS, Schüler, Studenten) zusammen.

Fünf Prozent der Besuchergruppen kamen aus den Bundesvereinigungen der CDU und den Kreis- bzw. Gemeindeverbänden. Von den Bundesvereinigungen besuchten uns, neben der bereits erwähnten Jungen-Union, schwerpunktmäßig die Frauen-Union und die Senioren Union.

Die restlichen acht Prozent der Besuchergruppen setzen sich aus Architekten oder Besuchern aus Volkshochschulen, Verbänden und Akademien zusammen.

Verschiedene Angebote

Aufgrund der großen Nachfrage nach einem Termin im Konrad-Adenauer-Haus wurde das Angebot für die Besuchergruppen im Jahre 2003, wie folgt, neu strukturiert:

Informationsgespräch (Dauer: 60 Minuten):

- Führung durch das Konrad-Adenauer-Haus
- Besichtigung des Wintergartens
- Überblick über die Organisationsstruktur des Konrad-Adenauer Hauses
- Überblick über die Organisation und Gremien der Partei
- „Aktuelles“ aus der CDU-Parteizentrale

Expertengespräch

- Gespräch mit einem Fachreferenten über ein spezifisches Thema (Dauer: 60 Minuten)

Führung durch das Konrad-Adenauer-Haus

- Führung durch das Konrad-Adenauer-Haus max. 15 Personen (Dauer: 30 Minuten)

3.12 Agrarklausurtagung der CDU 25. bis 28. April 2003 in Husum

Vom 25. bis 28. April 2003 führte die CDU Deutschlands eine agrarpolitische Klausurtagung in Husum unter der Leitung des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein

und agrarpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Harry Carstensen MdB, durch. Teilgenommen haben Mitglieder der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen sowie die Agrarminister der unionsgeführten Länder bzw. ihre Vertreter.

Im Mittelpunkt standen die Brüsseler Agrarverhandlungen im ersten Halbjahr 2003. Die Agrarpolitiker der Union verabschiedeten ein Memorandum zur Fortentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Sie sprachen sich darin für die gleitende Einführung einer kofinanzierten differenzierten Flächenprämie aus. Für den Milchmarkt präferierten sie eine funktionierende Mengenregelung und forderten die Gewährung eines Ausgleichs für bereits beschlossene Preissenkungen.

Mit Experten aus verschiedenen Verbänden wurden zudem agrarrelevante WTO-Fragen, die nationale Ausgestaltung der Agrarpolitik und die Fischereipolitik erörtert. Aktuelle Fragen der Verbraucherpolitik standen ebenfalls auf der Tagesordnung, wobei insbesondere die Positionen von Bund und Ländern zur Verbraucherinformationspolitik abgeklärt wurden.

4. Medien

4.1 Elektronische Medien

Die politische Arbeit der CDU ist auch im vergangenen Jahr intensiv im Internet begleitet worden. Zu den wichtigsten Aktivitäten zählte die Unterstützung der Wahlkämpfe in Hessen und Niedersachsen, die bundesweite Kampagne zu „5 Jahren Rot-Grün“ und die Kommunikation der Ergebnisse der Kommission „Bürgerpartei“ und der Reformvorschläge der „Herzog-Kommission“.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurden, genau wie zur Präsentation des neuen Steuermodells, Sonderseiten entwickelt und umfangreiche Hintergrundinformationen im internen Mitglieder-Netz (www.cdunet.de) bereitgestellt.

Im Rahmen der Kampagne „5 Jahre Rot-Grün“ wurde den enttäuschten Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Stellungnahmen zu einzelnen Politikfeldern zu veröffentlichen.

Von der Bundesgeschäftsstelle und der UBG wurde außerdem ein Steuerrechner zum neuen Einkommensteuermodell entwickelt, den inzwischen bereits mehrere zehntausend Bürgerinnen und Bürger genutzt haben.

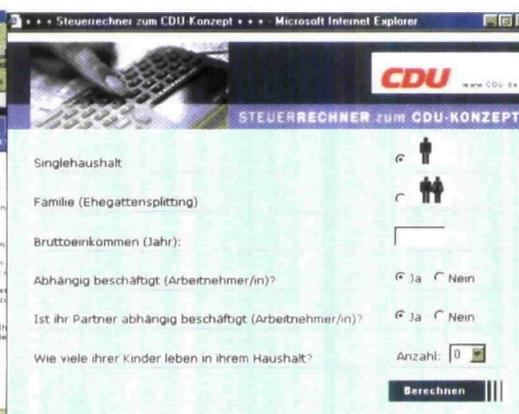
Das Online-Angebot www.cdu.de konnte monatlich 2,5 Millionen Pageviews verzeichnen. Mit der Umstellung unseres E-Mail-Versands im vergangenen Jahr konnten wir den Service

für die Bürgerinnen und Bürger entscheidend verbessern. Die Kreisgeschäftsstellen werden flächendeckend und verlässlich über den Kreisverbandsverteiler mit Informationen und Kampagnenmaterial versorgt. Auch die Vernetzung der CDU-Online-Angebote hat durch den Ticker- und Bannerservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine neue Qualität erreichen können.

Die Phase zwischen dem Bundestagswahlkampf 2002 und dem anstehenden Europawahlkampf wird vom Online-Service der CDU-Bundesgeschäftsstelle auch für strukturelle Verbesserungen und technische Weiterentwicklungen des Internet-Angebotes genutzt.

Ein wichtiger Bestandteil dieser grundlegenden Arbeiten ist der Relaunch von www.cdu.de. Aufbau und Design werden grundlegend überarbeitet. Die notwendigen Vorbereitungen hierzu sind weitgehend abgeschlossen. Die Struktur der Seite ist in Usability-Tests überprüft und entsprechend den Anforderungen der Nutzer angepasst worden. Auch das neue CI der CDU wird beim Relaunch umgesetzt werden.

Die Erfahrungen des Bundestagswahlkampfes und die in der Kommission „Bürgerpartei“ angestellten Überlegungen geben außerdem Anlass zu einer grundlegenden Überarbeitung des internen Mitgliedernetzes. Hier werden zukünftig Personalisierungen und umfassendere interaktive Möglichkeiten eingerichtet



werden, um die Attraktivität und Anwendungsmöglichkeiten für die Mitglieder zu erhöhen.

4.2 Union in Deutschland (UiD)

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ erscheint mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr. Der UiD enthält Informationen über aktuelle politische Ereignisse und gibt Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Außerdem informiert der UiD über die jeweilige Beschlusslage der Partei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In einer Beilage „Union in Europa“ berichten die Mitglieder der EVP und der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament alle 14 Tage über ihre Arbeit. Darüber hinaus wird im UiD regelmäßig auf Veranstaltungen und Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung hingewiesen.

Der UiD enthält regelmäßig eine Dokumentation im Innenteil, in der ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird. Neben aktuellen Analysen zu einem aktuellen Thema werden vor allem Beschlüsse der Partei, Wahlergebnisse, Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wichtige Reden im Wortlaut dokumentiert.

Mehrmals im Jahr erscheint das Gesamtangebot aller aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle – als weiterer Sonderteil in der Form einer Broschüre mit vierfarbigen Abbildungen.

Für die Landesverbände besteht die Möglichkeit einer regionalen Beilage: Gelber Teil. Gebrauch macht davon zurzeit der Landesverband Rheinland-Pfalz.

Den UiD gibt es auch online im CDU-Mitgliedernetz auf www.cdunet.de.
Auflage: 20.000 Exemplare
Bezieher: Funktions- und Mandatsträger
Jahres-Abonnement: 32 Euro
Einzelpreis: 1 Euro

4.3 Pressearbeit

Die Tätigkeit der Pressestelle der CDU Deutschlands war im Berichtszeitraum vor allem von der medialen Begleitung der Reformprojekte geprägt. Die Konzepte der Union zu Reformen auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen („Herzog-Kommission“) und im Steuersystem konnten spürbar in den Medien platziert werden. Es ist weitgehend gelungen, die CDU in den Medien als verlässlichere Alternative zu Rot-Grün zu positionieren.

Für die Parteivorsitzende und den Generalsekretär wurden zahlreiche Interviews vorbereitet und betreut. Außerdem hat die Pressestelle regelmäßig Pressekonferenzen, Pressestatements und Hintergrundgespräche organisiert sowie rund 100 Pressemitteilungen verfasst.

Auch die Begleitung der Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs bei zahlreichen öffentlichen bzw. presserelevanten Veranstaltungen (z. B. Redaktionsbesuche) sowie die Betreuung der Journalisten vor Ort stellten einen Arbeitsschwerpunkt der Pressestelle dar. Zahlreiche Veranstaltungen der Gliederungen der Union wurden im Berichtszeitraum von der Pressestelle betreut.

Nach den guten Erfahrungen im Wahljahr 2002 wurden die Erstellung der werktäglich erscheinenden Presseschau und die Auswertung der Fernsehberichterstattung über politische Themen intensiviert.



5. Mitgliederentwicklung

5.1 Mitgliedschaft insgesamt

Am 30. September 2003 hatte die CDU Deutschlands 588.928 Mitglieder.

5.2 Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht

Alter	gesamt	Alte Länder	Neue Länder
16 – 24 Jahre	2,2 %	2,2 %	2,1 %
25 – 29 Jahre	2,9 %	2,9 %	3,0 %
30 – 39 Jahre	10,6 %	10,5 %	11,5 %
40 – 49 Jahre	16,1 %	15,4 %	23,1 %
50 – 59 Jahre	21,6 %	21,2 %	25,7 %
60 – 69 Jahre	25,9 %	26,4 %	20,6 %
70 – ... Jahre	20,3 %	21,0 %	13,5 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,4 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 55,3 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 56,7 und das der männlichen bei 54,9 Jahren.

In der CDU Deutschlands sind 25,1 Prozent der Mitglieder (147.827) weiblich und 74,9 Prozent (441.101) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 24,7 Prozent und in den neuen Ländern bei 29,6 Prozent.

5.3 Mitgliedschaft nach Region

Landesverband	31. 12. 2001	31. 12. 2002	30. 9. 2003
Baden-Württemberg	81.130	80.668	79.886
Berlin	15.175	13.762	13.213
Brandenburg	7.479	7.315	7.347
Bremen	3.443	3.576	3.657
Hamburg	10.218	9.816	9.635
Hessen	54.132	53.547	53.322
Mecklenburg-Vorpommern	7.740	7.471	7.013
Braunschweig	7.773	7.669	7.583
Hannover	61.186	60.471	60.195
Oldenburg	15.002	14.503	14.457
Nordrhein-Westfalen	189.761	186.520	185.233
Rheinland-Pfalz	57.971	56.779	56.091
Saarland	21.880	21.902	21.948
Sachsen	16.184	15.804	15.428
Sachsen-Anhalt	10.234	9.961	9.667
Schleswig-Holstein	30.658	30.813	30.751
Thüringen	14.040	13.593	13.382
Auslandsverband	129	129	120
Gesamt	604.135	594.391	588.928

5.4 Mitgliedschaft nach Strukturen

Berufsgruppe	gesamt	Alte Länder	Neue Länder
Selbstständige	21,0 %	21,6 %	15,2 %
Arbeiter	7,6 %	6,7 %	16,7 %
Angestellte	27,1 %	26,5 %	32,6 %
Beamte	10,8 %	11,5 %	3,9 %
Rentner/Pensionäre	6,0 %	5,6 %	10,6 %
Hausfrauen/-männer	8,7 %	9,4 %	2,2 %
in Ausbildung	5,1 %	5,3 %	3,3 %
ohne Angaben	13,7 %	13,5 %	15,5 %

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 360 Kreisverbände und 12.573 Ortsverbände.

6. Politischer Arbeitskalender

18. November 2002, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

26. November 2002, Berlin

Landesgeschäftsführerkonferenz

29. November 2002, Berlin

Sitzung der Fachkommission Europa
des BACDJ

2. Dezember 2002, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel
und Christian Wulff

5. Dezember 2002, Hannover

Sitzung der Arbeitsgruppe Renten- und
Sozialrecht des BACDJ

13. Dezember 2002, Berlin

Mitgliederversammlung des BACDJ

16. Dezember 2002, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

10. Januar 2003, Kampagne

Gegen Steuererhöhungen im Rahmen der
Landtagswahlkämpfe

10. bis 11. Januar 2003, Göttingen

Klausurtagung des Bundesvorstandes

11. Januar 2003, Göttingen

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

23. Januar 2003, Berlin

Pressegespräch mit PV Dr. Angela Merkel
und Alain Juppé, Vorsitzender der französischen
Regierungspartei UMP

3. Februar 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Einsetzung der Kommission „Soziale Sicherheit“
durch den Bundesvorstand
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

5. Februar 2003, Berlin

Konstituierende Sitzung des Arbeitskreises
„Große Städte“

14. Februar 2003, Berlin

Sitzung des erweiterten Vorstands des BACDJ

17. Februar 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

17. Februar 2003, Berlin

Pressestatement von PV Dr. Angela Merkel und
DGB-Chef Michael Sommer zum Gespräch zwi-
schen CDU-Präsidium und Geschäftsführendem
DGB-Vorstand

18. Februar 2003, Berlin

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

21. Februar 2003, Berlin

Sitzung der Fachkommission Europa

4. März 2003, Berlin

Klausursitzung der Kommission „Bürgerpartei“

4. März 2003, Berlin

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

5. März 2003, Berlin

Klausursitzung der Kommission „Bürgerpartei“

6. März 2003, Berlin

Konstituierende Sitzung der Kommission
„Soziale Sicherheit“

7. März 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

10. März 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

12. März 2003, Berlin

Gesprächskreis der CDU-Oberbürgermeister

19. März 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

24. März 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

24. März 2003, Berlin

Gespräch zwischen CDU-Präsidium
und Geschäftsführendem DGB-Vorstand

31. März 2003, Jagsthausen

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

2. April 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

2. April 2003, Berlin

Sitzung des engeren Vorstands des BACDJ

3. April 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

7. April 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

9. April 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

24. April 2003, Berlin

Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe
Föderalismus des BACDJ

25. April 2003, München

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

25. bis 28. April 2003, Husum

Agrarklausurtagung

28. April 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

29. April 2003, Bremerhaven/Bremen

Telefonmarketingschulungen

30. April 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

7. April 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

25. April 2003, Kampagne

„Versprochen-Gehalten – CDU stoppt
Steuererhöhungen“

30. April 2003, Berlin

Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“

4. Mai 2003, München

Gemeinsame Sitzung von CDU- und CSU-Präsidium

5. Mai 2003, München

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel
und MP Dr. Edmund Stoiber

8. Mai 2003, Berlin

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

8. Mai 2003, Berlin

Sitzung der Arbeitsgruppe Föderalismus
des BACDJ

9. Mai 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

9. Mai 2003, Berlin

Pressegespräch mit den Kommissions-
vorsitzenden „Soziale Sicherheit“,
Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog
und GS Laurenz Meyer

12. Mai 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Presseunterrichtung mit GS Laurenz Meyer

12. Mai 2003, Berlin

Europapolitischer Kongress
„Konvent zum Konvent“

22. Mai 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

26. Mai 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel
und Hartmut Perschau, Spitzenkandidat
CDU Bremen

28. Mai 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

28. Mai 2003, Stuttgart

Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung

2. Juni 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

2. Juni 2003, Berlin

Schlussitzung der Arbeitsgruppe Föderalismus
des BACDJ

3. Juni 2003, Berlin

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

6. Juni 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

6. Juni 2003, Berlin

Konferenz der Aussiedlerbeauftragten

6. Juni 2003, Berlin

Filmempfang der CDU Deutschlands

11. Juni 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Bürgerpartei“

13. Juni 2003, Berlin

Sitzung des erweiterten Vorstands des BACDJ

16. Juni 2003, Berlin

Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“

17. Juni 2003, Berlin

Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

20. Juni 2003, Berlin

Europapolitisches Gespräch von CDU und CSU

20. Juni 2003, Berlin

Pressestatement von PV Dr. Angela Merkel und
MP Dr. Edmund Stoiber

20. Juni 2003, Delmenhorst

Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung

20. bis 21. Juni 2003, Bad Saarow

Klausurtagung des Bundesvorstandes

21. Juni 2003, Bad Saarow

Pressekonferenz zu den Ergebnissen der
Klausurtagung mit PV Dr. Angela Merkel

21. Juni 2003, Hannover

Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung

23. Juni 2003, Berlin

Landesgeschäftsführerkonferenz

24. Juni 2003, Berlin

MediaNight im Konrad-Adenauer-Haus

23. Juni 2003, Berlin

Pressekonferenz des Arbeitskreises
„Große Städte“ mit dem Vorsitzenden
Dr. Jürgen Rüttgers

25. Juni 2003, Magdeburg

Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung

26. Juni 2003, Berlin

Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung

- 27. Juni 2003, Düsseldorf**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 27. Juni 2003, Berlin**
Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“
- 28. Juni 2003, Hamm**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 30. Juni 2003, Jagsthausen**
Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“
- 1. Juli 2003, Kampagne**
Mitgliederwerbung
- 2. Juli 2003, Frankfurt**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 3. Juli 2003, Berlin**
Sitzung der Kommission
„Soziale Sicherheit“
- 4. Juli 2003, Berlin**
Sitzung der Fachkommission Europa
des BACDJ
- 7. Juli 2003, Berlin**
Sitzung des Präsidiums
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel
- 9. Juli 2003, Dresden**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 10. Juli 2003, Stuttgart**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 16. Juli 2003, Mainz**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 17. Juli 2003, Saarbrücken**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 21. Juli 2003, Berlin**
Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel
- 22. bis 23. Juli 2003, Sachsen- Anhalt und Sachsen**
Reise von PV Dr. Angela Merkel in die
ehemaligen Hochwassergebiete
- 24. Juli 2003, Jagsthausen**
Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“
- 29. Juli 2003, Berlin**
Sitzung der Kommission
„Soziale Sicherheit“
- 12. August 2003, Berlin**
Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“
- 20. August 2003, Bad Bramstedt**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 21. August 2003, Erfurt**
Schulung Aktionsbeauftragte Mitgliederwerbung
- 22. August 2003, Berlin**
Schulung Botschafter Mitgliederwerbung
- 25. August 2003, Berlin**
Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel
- 25. August 2003, Jagsthausen**
Jour fixe des Büros der Kommission
„Soziale Sicherheit“
- 27. August 2003, Berlin**
Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“
- 28. August 2003, Berlin**
Sitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“
- 5. September 2003, Berlin**
Sitzung der Fachkommission Europa
des BACDJ
- 8. September 2003, Berlin**
Sitzung des Präsidiums
Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

20. September 2003, Kampagne

„5 Jahre Rot-Grün“

22. September 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

23. September 2003, Jagsthausen

Jour fixe des Büros der Kommission

„Soziale Sicherheit“

26. September 2003, Berlin

Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“

27. September 2003, Niederrhein

Schulung Botschafter Mitgliederwerbung

28. bis 29. September 2003, Berlin

Klausursitzung der Kommission „Soziale Sicherheit“

30. September 2003, Berlin

Präsentation der Ergebnisse der Kommission

„Soziale Sicherheit“ vor der Bundespressekonferenz durch den Kommissionsvorsitzenden, Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog

6. Oktober 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sondersitzung des Bundesvorstandes zur Beratung und Verabschiedung eines Antrages zur Reform der sozialen Sicherungssysteme an den 17. Parteitag

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

6. Oktober 2003, Kampagne

„Deutschland fair ändern“

7. Oktober 2003, Düsseldorf

Regionalkonferenz „Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“

mit PV Dr. Angela Merkel und GS Laurenz Meyer

8. Oktober 2003, Erfurt

Regionalkonferenz „Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“

mit PV Dr. Angela Merkel und GS Laurenz Meyer

11. Oktober 2003, Ostwestfalen

Schulung Botschafter Mitgliederwerbung

15. Oktober 2003, Berlin

Regionalkonferenz „Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“

mit PV Dr. Angela Merkel und GS Laurenz Meyer

20. Oktober 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

22. Oktober 2003, Hannover

Regionalkonferenz „Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“

mit PV Dr. Angela Merkel und GS Laurenz Meyer

23. Oktober 2003, Wismar

Regionalkonferenz „Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“

mit PV Dr. Angela Merkel

und GS Laurenz Meyer

24. Oktober 2003, Stuttgart

Regionalkonferenz „Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“

mit PV Dr. Angela Merkel und GS Laurenz Meyer

24. Oktober 2003, Berlin

Sitzung des Vorstands des BACDJ

27. Oktober 2003, Hannover

Schulung Botschafter

3. November 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

und Friedrich Merz zum Beschluss des Bundesvorstandes „Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“

17. November 2003, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit PV Dr. Angela Merkel

19. November 2003, Berlin

Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“

20. November 2003, Stuttgart

Schulung Botschafter Mitgliederwerbung

25. November 2003, Berlin

Konstituierende Sitzung des Gesprächskreises
Kultur

28. November 2003, Berlin

Konstituierende Sitzung des Gesprächskreises
Sport

30. November 2003, Leipzig

Sitzung des Präsidiums
Sitzung des Bundesvorstandes

1. bis 2. Dezember 2003, Leipzig

17. Parteitag

7. Sonderprojekte

7.1 Mitgliederwerbekampagne

Die Bundesgeschäftsstelle hat sich im Berichtszeitraum zum Ziel gesetzt, im Rahmen einer konzentrierten Aktion der Mitgliederwerbung innerhalb der Partei einen neuen Schub zu verleihen. Dabei soll die positive Stimmung genutzt werden, der der CDU derzeit von der Bevölkerung entgegengebracht wird, um den rückläufigen Trend bei der Mitgliederentwicklung umzukehren. Die Chancen hierfür sind so groß wie selten zuvor. Dies zeigt sich nicht zuletzt eindrucksvoll am Beispiel Nordrhein-Westfalens, wo erstmalig die CDU die SPD in den Mitgliederzahlen überholt hat.

Die Bundesgeschäftsstelle hat demzufolge im Rahmen einer Landesgeschäftsführerkonferenz am 23. Juni 2003 ein Mitgliederwerbeprojekt ins Leben gerufen, welches alle Gliederungen der Partei einbindet. Wichtig ist: Diese Kampagne ist nicht zeitlich begrenzt, sondern soll als ständige Unterstützung der Mitgliederwerbung dienen.

Um die Praxiserfahrung vor Ort im Vorfeld in unsere Überlegungen zur Mitgliederwerbung einzu beziehen, wurden im Zuge der Entwicklung der Kampagne unter Leitung von Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann zwei Sitzungen mit Vertretern aus Kreis- und Landesverbänden durchgeführt, aus denen viele hilfreiche Anregungen entstanden und in die Konzeption der Kampagne eingeflossen sind. Die Bundesvereinigungen sind ebenfalls im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung eingebunden worden.

Funktionsweise

Die Erfahrungen der CDU auf dem Gebiet der Mitgliederwerbung haben gezeigt: Den nachhaltigsten Erfolg verspricht eine gut vorbereitete und effizient organisierte persönliche Ansprache möglicher Interessenten. Die Werber der CDU agieren dabei als Botschafter unserer Partei. Daher wurde dieses Modell auch als „Botschafter-

modell“ bezeichnet. Die Ortsverbände sind die tragenden Säulen der Kampagne. Sie sammeln gemeinsam mit den Kreisverbänden Adressdaten möglicher Interessenten und sprechen diese gezielt an.

Die Kreisverbände sind mit Schreiben des Generalsekretärs vom 17. April 2003 gebeten worden, bis zum 19. Mai 2003 mindestens je einen Aktionsbeauftragten zu benennen. Dieser Bitte sind nahezu alle Kreisverbände gefolgt. Die Aktionsbeauftragten haben die Aufgabe, die Kampagne gemeinsam mit Vertretern der Ortsverbände eigenverantwortlich zu planen und durchzuführen.

Service der Bundesgeschäftsstelle

- Die CDU-Bundesgeschäftsstelle ist auf Bundesebene Ansprechpartner für Interessenten und neue Mitglieder. Unter der Hotline 030/22070-110 ist sie für Fragen, Anregungen und Kritik erreichbar.
- Die Bundesgeschäftsstelle betreut alle ihr gemeldeten Neueintritte (Meldung möglich unter mitgliederkampagne@cdu.de). Zu diesem Zweck stellt sie den Neumitgliedern ein „Startpaket“ zur Verfügung. Dieses besteht aus aktuellen Informations- und Werbematerialien und einem Begrüßungsschreiben der Parteivorsitzenden. Um die Nachbetreuung von Neumitgliedern zu gewährleisten, werden diese von Seiten der Bundesgeschäftsstelle noch einmal mittels eines Schreibens/Fragebogens gesondert angesprochen.
- Die Bundesgeschäftsstelle bietet an, – sofern sie ihr gemeldet werden – auch die Mitglieder noch einmal gesondert anzusprechen, die aus der CDU austreten wollen.

Materialien

Im Juni 2003 wurden jeweils 30 Leitfäden zur Erläuterung der Mitgliederwerbekampagne an die Kreisverbände versandt.



Ende Juli 2003 wurde zusätzlich folgendes Kampagnenmaterial kostenlos an alle Kreisverbände verschickt:

- 10 x Imagebroschüre der CDU
- 10 x Broschüre „Parteivorsitzende“
- 10 x Servicescheckheft
- 30 x Wandzeitung
- 200 x Aufnahmeanträge.

Beim IS-Versandzentrum wurden diverse Materialien rege nachbestellt.

Des Weiteren wurde für die Aktionsbeauftragten ein spezielles Argumentationskarten-Set erarbeitet und an diesen Personenkreis in einer Auflage von je 30 Exemplaren verschickt.



Um den ständigen und reibungslosen Informationsfluss zwischen allen an der Mitgliederwerbekampagne Beteiligten zu gewährleisten, sind spezielle E-Mail-Verteiler (für Aktionsbeauftragte, Botschafter, Neumitglieder...) eingerichtet und eine gesonderte

Plattform zur Mitgliederwerbung installiert worden. Alle Materialien werden dort auch online angeboten.

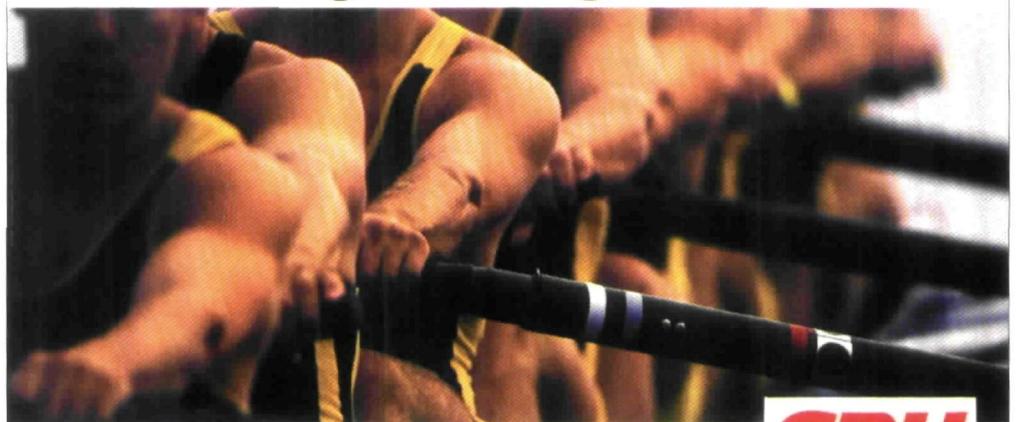
Anreize

Eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Modells ist die Motivierung aller Beteiligten. Den besonders erfolgreichen Verbänden, Botschaftern und Mitgliedern soll daher für ihren Einsatz gedankt werden. Hierzu wurde ein bundesweiter Wettbewerb ausgelobt:

- Die erfolgreichsten Kreisverbände, Ortsverbände und Werber werden von der Bundespartei im Rahmen einer Großveranstaltung ausgezeichnet.
- Die erfolgreichsten Botschafter und werbenden Mitglieder werden von der CDU nach Berlin eingeladen.
- Unter allen Botschaftern und werbenden Mitgliedern, die neue Mitglieder geworben haben, werden 50 lukrative Freiflüge verlost.



Viel bewegen. Mitglied werden.



Besser für die Menschen.

CDU

- Die kreativsten Werbeideen werden im UiD und auf der Internet-Homepage der CDU veröffentlicht.
- Es wurde ein besonderes Bonussystem für die Kreisverbände erarbeitet. Dadurch erhalten die erfolgreichsten Verbände die Chance, Gutscheine für die Bestellung von Material beim IS-Versandzentrum zu erhalten. Der erfolgreichste Kreisverband erhält einen Gutschein in Höhe von 2.000,- Euro.

Eine erste große Bilanz soll im Frühjahr nächsten Jahres werden. Die Mitgliederwerbekampagne läuft danach aber unvermindert weiter.

Auch für die potenziellen neuen Mitglieder werden Anreize geschaffen: Jedes 500ste eingetretene Mitglied soll eine wertvolle Uhr erhalten, jedes 5.000ste Mitglied eine Einladung nach Berlin.

Schulungen

Die Bundesgeschäftsstelle hat in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Schulungen für die Aktionsbeauftragten der Kreisverbände angeboten. Inhalt der Schulungen waren Zielrichtung und Organisation der Kampagne sowie die Durchführung von Werbegesprächen. Ziel war es, dass die Aktionsbeauftragten das erworbene Wissen an die Botschafter der Ortsverbände weitergeben. Die Referentenkosten wurden dabei vollständig von der Bundesgeschäftsstelle übernommen.



Folgende Schulungstermine für Aktionsbeauftragte haben stattgefunden:

Datum	Landesverband	Ort
28.05.2003	Baden-Württemberg	Stuttgart
20.06.2003	Niedersachsen/Nord Bremen	Delmenhorst
21.06.2003	Niedersachsen/Süd	Hannover
25.06.2003	Sachsen-Anhalt	Magdeburg
26.06.2003	Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern	Berlin, KAH
27.06.2003	NRW (Rheinland)	Düsseldorf
28.06.2003	NRW (Westfalen)	Hamm
02.07.2003	Hessen	Frankfurt
09.07.2003	Sachsen	Dresden
10.07.2003	Baden-Württemberg II	Stuttgart
16.07.2003	Rheinland-Pfalz	Mainz
17.07.2003	Saarland	Saarbrücken
20.08.2003	Schleswig-Holstein Hamburg	Bad Bramstedt
21.08.2003	Thüringen	Erfurt

An diesen Schulungen nahmen ca. 300 Aktionsbeauftragte teil, wobei das Konzept der Schulungen großen Anklang fand.

Die Bundespartei wurde von den Landes- und Kreisverbänden gebeten, auch Schulungsangebote in größeren Runden (bis zu 100 Teilnehmern) anzubieten.

Am 22. August hat in Berlin die erste Schulungsveranstaltung für Botschafter stattgefunden. Weitere 8 Schulungsveranstaltungen sind bis zum Ende des Berichtszeitraums durchgeführt worden. Im nächsten Jahr schließen sich weitere Schulungen an.

Erste Erfolge:

Die bundesweite Mitgliederwerbaktion läuft auf vollen Touren: In den ersten vier Monaten konnten bereits 6.887 neue CDU-Mitglieder gewonnen werden. Dieser Erfolg liegt insbesondere an dem ausgezeichneten Einsatz der Kreis- und Ortsverbände sowie der Aktionsbeauftragten und Botschafter.

7.2 Kommunikation nach Maß – Das Projekt CRM

Ziel der CDU ist, den Kontakt mit den Bürgern und Mitgliedern gezielt und dem jeweiligen Kommunikationsbedürfnis entsprechend auszubauen. Der Einzelne soll mit geringem Aufwand seinerseits einen individuellen und konkreten Informations- und Beratungsservice durch die CDU erhalten.

Die CDU wird deshalb ein System einführen, das alle Kommunikationswege (Telefon, Telefax, E-Mail, Internet, etc.) zusammenführt und die vorhandenen sowie zukünftigen individuellen Kommunikationsdaten in einer Datenbank erfasst (Citizen-Relationship-Management-System, CRM). Die Aufbereitung dieser Daten wird zu einer erheblichen Wirkungssteigerung in der Arbeit aller Gliederungen führen.

So kann z. B. zukünftig bei allen Veranstaltungseinladungen auf die im CRM hinterlegten Daten zurückgegriffen werden. Dies führt zu zielgenaueren Einladungen und Kosteneinsparungen durch eine Minimierung der Fehlsendungen. Ziel ist es, Bürger, Wähler und potentielle Mitglieder systematischer ansprechen zu können.

Die Analyse der Arbeitsabläufe im Konrad-Adenauer-Haus ist bereits abgeschlossen. Auch wurden erste Workshops mit Vereinigungen, Landes- und Kreisverbänden durchgeführt, um deren Anforderungen an ein CRM-System in die Konzeption mit einzubeziehen. Ab 2004 wird das System in der Bundesgeschäftsstelle getestet. Im Laufe des Jahres sollen erste Pilotverbände eingebunden werden.

7.3 Das visuelle Erscheinungsbild der CDU

In der Kommission „Bürgerpartei CDU“ wurde als ein wichtiges Kommunikationsprojekt die Stärkung des gemeinsamen visuellen Erscheinungsbildes („Corporate Identity“) der Partei identifiziert. Die Bundesgeschäftsstelle hat einen entsprechenden Arbeitsprozess eingeleitet. Folgende Ziele wurden dieser Überarbeitung zugrunde gelegt:

- Mehr Gemeinsamkeit im visuellen Auftritt auf allen Ebenen der CDU
- Spielräume für unterschiedliche regionale oder sektorale Identitäten
- zusätzliche Möglichkeiten für die visuelle Differenzierung im Parteienwettbewerb
- praktikable und anwendungsorientierte Umsetzung

Das Projekt wurde im Bundesvorstand und in der Landesgeschäftsführerkonferenz vorgestellt, die Anforderungen mit Vertretern von Kreisverbänden, Landesverbänden und Vereinigungen beraten, Zwischenergebnisse in Diskussionsgruppen von Wählern, Anhängern und ehrenamtlichen Vertretern der Parteibasis bewertet.

Das erneuerte visuelle Erscheinungsbild der CDU wird auf dem Bundesparteitag in Leipzig präsentiert und ab diesem Zeitpunkt in neuen Kommunikationsmitteln umgesetzt. Den Gliederungen der Partei werden dafür Informationsmaterialien und Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt.



CDU



Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-11 | post@cdu.de | www.cdu.de